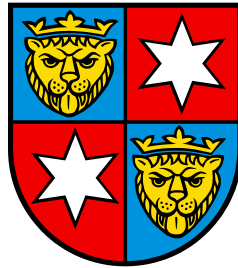


ORTSBÜRGERGEMEINDE SPREITENBACH



Reglement über die Aufnahme ins Ortsbürgerrecht

2002



Die Ortsbürgergemeinde Spreitenbach erlässt gestützt auf § 7 Abs. 2 lit. f) des Gesetzes über die Ortsbürgergemeinden vom 19. Dezember 1978 (GOG) und § 6 des Gesetzes über das Ortsbürgerrecht (ObüG) vom 22. Dezember 1992 das nachfolgende

Reglement über die Aufnahme in das Ortsbürgerrecht von Spreitenbach

§ 1 Gegenstand des Reglements

- 1 Dieses Reglement regelt den Erwerb des Ortsbürgerrechtes auf Grund eines Gesuches durch Beschluss der Ortsbürgergemeindeversammlung.
- 2 Die Einbürgerung erstreckt sich auf die gesuchstellenden Personen und deren unmündige Kinder.
- 3 Ortsbürger kann nur werden, wer bereits das Gemeindebürgerrecht von Spreitenbach besitzt oder vorgängig erwirbt (§ 3 OBÜG).

§ 2 Entgeltliche Aufnahmen

- 1 Personen, die Spreitenbach als ihre Heimat betrachten und an den Belangen der Ortsbürgergemeinde interessiert sind, können durch Beschluss der Ortsbürgergemeinde entgeltlich in das Ortsbürgerrecht aufgenommen werden, wenn sie seit mindestens 25 Jahren Wohnsitz in Spreitenbach haben und bei Einreichung des Gesuches mindestens 3 Jahre ununterbrochen in der Gemeinde wohnhaft sind.
- 2 Die Abgabe für die Aufnahme ins Ortsbürgerrecht beträgt:
 - a) Fr. 500.-- für eine mündige Einzelperson
 - b) Fr. 750.-- für ein EhepaarFür die in die Einbürgerung einbezogenen unmündigen Kinder wird keine Abgabe erhoben.

§ 3 Unentgeltliche Aufnahme

- 1 Die Ortsbürgergemeinde kann Personen, die sich um die Ortsbürgergemeinde in ausserordentlichem Masse verdient gemacht haben, unentgeltlich in das Ortsbürgerrecht aufnehmen.
- 2 Anspruch auf unentgeltliche Aufnahme ins Ortsbürgerrecht haben ferner:
 - a) Ehegatten von Ortsbürgerinnen;
 - b) wer durch Heirat das Ortsbürgerrecht verloren hat;



§ 4 Aufnahmeverfahren

- 1 Gesuche um Aufnahme in das Ortsbürgerrecht sind dem Gemeinderat schriftlich einzureichen.
- 2 Der Gemeinderat prüft, ob die Voraussetzungen für die Aufnahme ins Ortsbürgerrecht erfüllt sind und holt die Stellungnahme der Ortsbürgerkommission ein.
- 3 Der Gemeinderat unterbreitet anschliessend der Ortsbürgergemeindeversammlung den Antrag zur Beschlussfassung.
- 4 Die Einbürgerung wird wirksam, sobald der Aufnahmebeschluss rechtskräftig und eine allfällige Einbürgerungsabgabe bezahlt worden ist.

§ 5 Inkrafttreten

Dieses Reglement tritt in Kraft, sobald es von der Ortsbürgergemeindeversammlung rechtskräftig beschlossen ist.

Genehmigt von der Ortsbürgergemeindeversammlung vom 12. November 2002.

J:\2007\gr\reglem\Reglemento, Stand 2007\Ortsbürgerrecht, Reglement zur Aufnahme ins Ortsbürgerrecht 2002.doc

NAMENS DES GEMEINDERATES

Der Gemeindeammann

R. Kalt

Der Gemeindeschreiber

H. Michel